

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Helmut Wieczorek (Duisburg), Thea Bock, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/7766 —

Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung überschreitet in diesen Tagen die Marke von 2 Billionen DM und hat sich damit unter dieser Bundesregierung seit 1990 verdoppelt, seit 1982 sogar verdreifacht. Entgegen den – von Jahr zu Jahr wiederholten – Beteuerungen der Bundesregierung, die Spitze der jährlichen Neuverschuldung sei erreicht, wuchsen und wachsen Defizite, Schuldenstände und Zinsausgaben von Jahr zu Jahr explosionsartig. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konstatiert für 1993 ein Rekorddefizit von 220 Mrd. DM bei weiter steigender Tendenz für 1994. Die Bundesregierung hat mit ihrer Verschuldung den Gesamtstaat in eine schwere Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise geführt.

Die „Zinsgarrotte“ droht zunehmend die Staatsfinanzen zu erdrosseln. Dem Bundesrechnungshof ist zuzustimmen, wenn er besorgt feststellt, daß die hohen Zinsverpflichtungen den Handlungsspielraum des Bundes immer stärker einengen und sich diese Entwicklung künftig noch verstärke. Die Zinsverpflichtungen hätten eine Größenordnung erreicht, die die Sorge begründe, daß die Kreditaufnahme in ihrer Funktion als Instrument zur Finanzierung zusätzlicher Investitionen zunehmend eingeschränkt werde. Der Sachverständigenrat streicht diese Gefahr noch deutlicher heraus, wenn er schreibt: „Die Belastung der Haushalte durch Zinsausgaben hat den Handlungsspielraum der Finanzpolitik derart eingeengt, daß ein Defizit dieses Jahres als ein weiterer Schritt auf dem Weg in eine Situation empfunden wurde, in der die öffentlichen Finanzen völlig aus dem Ruder geraten könnten.“

In Ermangelung einer glaubwürdigen finanzpolitischen Konsolidierungsstrategie versucht die Bundesregierung die von ihr verursachte und zu verantwortende Finanzkrise fälschlicherweise mit den Kosten der deutschen Einheit zu entschuldigen und durch internationale Vergleiche zu bagatellisieren. Solche Vergleiche gehen fehl, denn in den anderen Industrieländern hat sich die z.T. ebenfalls hohe Staatsverschuldung langfristig aufgebaut, während die Ausuferung der Staatsverschuldung in Deutschland in den letzten Jahren hingegen eine Art Quantensprung mit der Folge gewaltiger Verwerfungen in der Haushaltsstruktur insbesondere des Bundes ist.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 24. Juni 1994 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorbemerkung

Seit der Wiedervereinigung haben sich die finanzpolitischen Bedingungen in Deutschland in einer Weise gewandelt, die national und international ohne Beispiel sind. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft wurden zur Bewältigung der Erblasten und zum Wiederaufbau Ostdeutschlands zusätzliche Finanzmittel in bisher nicht gekannter Größenordnung notwendig. Im Bundeshaushalt summieren sich für den Zeitraum 1990 bis 1994 die einigungsbedingten Ausgaben auf rd. 560 Mrd. DM. Gut die Hälfte davon konnte durch einigungsbedingte Zusatzeinnahmen, Einsparungen und Steuererhöhungen ausgeglichen werden. Es bleibt eine Nettobelastung von rd. 270 Mrd. DM. Zudem übernimmt der Bund 1995 durch die Mißwirtschaft des früheren SED-Regimes entstandene Verpflichtungen von rd. 400 Mrd. DM im Erblastentilgungsfonds.

Aufgrund der zwangsläufig zu übernehmenden Verpflichtungen aus dem Wiedervereinigungsprozeß, auch durch die Entschuldung der privatisierten Eisenbahnen, wird die öffentliche Verschuldensquote 1995 rd. 62 v. H. des Bruttoinlandsproduktes erreichen.

Der Schuldenanstieg 1990 bis 1995 entspricht – bezogen auf die Wirtschaftsleistung – in etwa dem Zuwachs im Zeitraum 1970 bis 1982. Damals war allerdings keine nationale Aufgabe auch nur annähernd vergleichbarer Größenordnung zu lösen.

Gerade die Einmaligkeit des Ereignisses der Wiedervereinigung macht einen Vergleich mit der Verschuldung anderer Industriestaaten sinnvoll, die keine außergewöhnlichen Zusatzaufgaben finanzpolitisch bewältigen mußten. Auf dem Gipfelpunkt der öffentlichen Verschuldung im Jahr 1995 wird Deutschland bei der Schuldenquote immer noch in der unteren Hälfte der EU-Staaten liegen. Selbst die führenden Industriestaaten USA und Japan weisen in der Schuldenkennziffer ungünstigere Werte als die Bundesrepublik Deutschland auf.

Diese Fakten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß von öffentlicher Verschuldung Gefahren für eine mögliche Verdrängung privater Investitionen ausgehen können und eine Vorbelastung zukünftiger Haushalte darstellen. Die Bundesregierung verfolgt daher einen strikten Konsolidierungskurs zur Stabilisierung und allmählichen Rückführung der Staatsschuldenquote. Auch die Mitglieder des Finanzplanungsrats haben sich in der Sitzung vom 9. Juni 1994 dazu bekannt. Beim Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushaltes ist gemäß der mittelfristigen Finanzprojektion bis 1998 eine deutliche Absenkung auf weniger als ein Fünftel seines diesjährigen Wertes absehbar. Dies geschieht über eine drastische Rückführung des Ausgabenanstiegs, bei der der Bund die Vorreiterrolle übernimmt.

Eine solche Konsolidierungsstrategie stärkt die Wachstumskräfte und vermindert so die relative Belastung der Volkswirtschaft. Zugleich werden dadurch Spielräume für eine dringend notwendige Begrenzung der Steuer- und Abgabenbelastung geschaffen.

„Die folgenden Angaben stellen den Stand der Einschätzung der öffentlichen Finanzen zur Sitzung des Finanzplanungsrates am 9. Juni 1994 dar. Bei den Angaben für das Jahr 1995 handelt es sich um erste Einschätzungen, die die Entscheidungen der Exekutive und der Parlamente nicht vorwegnehmen können. Die Angaben zur Entwicklung der Bundesfinanzen sehen daher unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Bundeskabinetts und der Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften zum Bundeshaushalt 1995.“

1. Wie hoch war nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung die Nettokreditaufnahme 1993 des Bundes, der Länder (West und Ost getrennt), der Gemeinden (West und Ost getrennt), der Zweckverbände, von ERP, Kreditabwicklungsfonds, Fonds „Deutsche Einheit“, des öffentlichen Gesamthaushalts, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Bundespost sowie der Treuhandanstalt im einzelnen und insgesamt?

Wie hoch waren im Vergleich die entsprechenden Zahlen für 1991 und 1992, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die entsprechenden Zahlen für 1994 sowie 1995?

Die Nettokreditaufnahmen der öffentlichen Haushalte, des Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes und der in der Frage genannten Unternehmen sind in Übersicht 1 aufgeführt. Die Beantwortung folgt – hier wie auch der folgenden Fragen – der sachgerechten Darstellung der amtlichen Statistik, sowohl der Finanzstatistik wie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wonach die Kreditaufnahme öffentlicher Unternehmen Ausfluß unternehmerischer Tätigkeit ist und somit nicht der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zugerechnet wird.

Für das Jahr 1991 liegen Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte vor, für 1992 und 1993 basieren die ausgewiesenen Werte auf der Kassenstatistik und sind teilweise geschätzt. Ab 1994 werden als Näherungswerte der voraussichtlichen Nettokreditaufnahme (NKA) die Finanzierungssalden (FS) der dem Finanzplanungsrat im Juni 1994 vorgelegten mittelfristigen Finanzprojektion der Bundesregierung ausgewiesen.

Zweckverbände werden lediglich in der Jahresrechnungsstatistik erfaßt und sind hier nicht in den öffentlichen Gesamthaushalt integriert. Die jüngste Veröffentlichung bezieht sich auf das Jahr 1991 und weist eine Nettokreditaufnahme von 0,4 Mrd. DM aus.

Übersicht 1

Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995
Bund					
NKA (Mrd. DM)	52,0	38,6	66,2	69,1	69
in v.H. der Ausgaben	12,9	9,0	14,5	14,4	14
Länder West ²⁾					
NKA/FS (Mrd. DM)	18,7	15,5	15,4	28	29 ½
in v.H. der Ausgaben	5,8	4,6	4,4	8	8
Länder Ost ²⁾					
NKA/FS (Mrd. DM)	11,4	16,2	20,0	22	9 ½
in v.H. der Ausgaben	12,9	16,2	18,4	19	8
Gemeinden West					
NKA/FS (Mrd. DM)	5,6	7,8	9	9	8
in v.H. der Ausgaben	2,4	3,1	3 ½	3 ½	3
Gemeinden Ost					
NKA/FS (Mrd. DM)	6,2	5,9	5	3	2
in v.H. der Ausgaben	12,8	9,2	7	4 ½	3
ERP					
NKA/FS (Mrd. DM)	7,0	8,0	3,9	5 ½	7
in v.H. der Ausgaben	57,6	59,1	32,7	32 ½	41
Fonds					
„Deutsche Einheit“					
NKA/FS (Mrd. DM)	31,0	23,6	13,4	3 ½	– 2
in v.H. der Ausgaben	84,0	62,5	32,4	8 ½	–24
Kredit-					
abwicklungsfonds					
NKA/FS (Mrd. DM)	– 0,6	– 0,5	0,1	0	–
in v.H. der Ausgaben	–37,2	– 3,1	1,6	2	–
Erblasten-					
tilgungsfonds					
NKA/FS (Mrd. DM)	–	–	–	–	– ½
in v.H. der Ausgaben	–	–	–	–	– 2 ½
Bundeseisenbahn-					
vermögen					
NKA/FS (Mrd. DM)	–	–	–	6	6 ½
in v.H. der Ausgaben	–	–	–	21	23 ½
öffentlicher					
Gesamthaushalt					
NKA/FS (Mrd. DM)	131,3	115,1	133	146 ½	129 ½
in v.H. der Ausgaben	13,5	10,8	12	12 ½	10 ½
in v.H. des BSP	4,6	3,8	4 ½	4 ½	4

noch Übersicht 1

	1991	1992	1993	1994	1995
nachrichtlich					
Ausgleichsf. zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes NKA/FS (Mrd. DM)	0,0	0,2	0,05	1	0
in v.H. der Ausgaben	0,0	3,6	0,9	17	0
in v.H. des BSP	0,0	0,0	0,0	0	0
Unternehmen ³⁾ :					
Deutsche Bundesbahn					
NKA (Mrd. DM)	3,4	7,0	8,2	–	–
in v.H. des BSP	0,1	0,2	0,3	–	–
Deutsche Reichsbahn					
NKA (Mrd. DM)	1,9	3,3	4,4	–	–
in v.H. des BSP	0,1	0,1	0,1	–	–
Treuhandanstalt					
NKA (Mrd. DM)	19,9	29,7	38,1	41	–
in v.H. des BSP	0,7	1,0	1,2	1 ½	–
Deutsche Bundespost					
NKA (Mrd. DM)	10,3	15,4	7,9	11,3	10
in v.H. des BSP	0,4	0,5	0,3	0,4	½

1) Ab 1994 Finanzierungssaldo (außer Bund), negatives Vorzeichen = Nettotilgung; Stand: Finanzplanungsrat Juni 1994.

2) Länder West einschl. West-Berlin; Länder Ost einschl. Ost-Berlin.

3) Die Quote NKA/Ausgaben ist bei Unternehmen nicht aussagekräftig.

2. Wie entwickelte sich das Verhältnis der investiven Ausgaben des Bundes zu seiner Nettokreditaufnahme in den Jahren 1991 bis 1993?

Welche Zahlen ergeben sich nach dem Kenntnisstand der Bundesregierung für die Jahre 1994 und 1995?

Die investiven Ausgaben des Bundes und seine Nettokreditaufnahme haben sich wie folgt entwickelt:

	Ist 1991	Ist 1992	Ist 1993	Soll 1994
	– Mrd. DM –			
Investive Ausgaben	61,5	65,8	65,1	64,3
Nettokreditaufnahme	52,0	38,6	66,2	69,1

Über den Entwurf des Bundeshaushalts 1995 entscheidet die Bundesregierung am 15. Juli 1994.

3. Wie hoch war die Nettokreditaufnahme in Prozent der Gesamtausgaben bei den einzelnen in Frage 1 aufgeführten Institutionen in den Jahren 1991 bis 1993, und wie hoch schätzt die Bundesregierung diese Relationen für die Jahre 1994 und 1995?

Vergleiche Antwort zu Frage 1.

4. Wie haben sich die investiven Ausgaben im öffentlichen Gesamthaushalt in den Jahren 1991 bis 1993 absolut, in Relation zu den Gesamtausgaben sowie in Relation zur Nettokreditaufnahme entwickelt, und wie schätzt die Bundesregierung diese Relationen für 1994 und 1995 ein?

Die investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts erreichten im Jahr 1991 ein Volumen von 165,0 Mrd. DM (17,0 v.H. der Ausgaben bzw. 125,1 v.H. der Nettokreditaufnahme) und 1992 von 187,4 Mrd. DM (17,6 v.H. der Ausgaben bzw. 162,8 v.H. der NKA). Für 1993 lautet die Schätzung 183 Mrd. DM (16 ½ v.H. der Ausgaben bzw. 137 ½ v.H. der NKA). Im laufenden Jahr könnten sich die investiven Ausgaben auf rd. 186 Mrd. DM (16 v.H. der Ausgaben bzw. 127 v.H. der NKA) belaufen. Für 1995 liegen keine Angaben vor.

5. Wie hoch war die Nettokreditaufnahme der unter Frage 1 aufgeführten Institutionen insgesamt in Prozent des Bruttosozialprodukts 1991 bis 1993, und wie hoch wird diese Relation nach Einschätzung der Bundesregierung 1994 sowie 1995 sein?

Wie sind – soweit verfügbar – die entsprechenden Quoten für die USA, Japan und die EG-Mitgliedstaaten?

Zur „Nettokreditaufnahme in Prozent des Bruttosozialprodukts“:
Vgl. Antwort zu Frage 1.

Internationale Vergleiche sind nur für die Finanzierungsdefizite nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) möglich, da nur dieses Rechenwerk gemeinsamen Konventionen unterliegt. Hierzu gehört auch, daß der staatliche Sektor nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – wie auch in der finanzstatistischen Abgrenzung – keine Unternehmen enthält, wohl aber die Finanzen der Sozialversicherungsträger. Es ist weiter darauf hinzuweisen, daß der öffentliche Gesamthaushalt im Unterschied zum staatlichen Sektor, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Nettodarlehensgewährungen enthält, die als Nettoerwerb von Forderungen anzusehen und daher der Finanzierungsrechnung zuzuordnen sind.

Über die Entwicklung der gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizite in Prozent des Bruttoinlandsprodukts von 1991 bis 1995 in den USA, Japan und den EU-Mitgliedstaaten gibt Übersicht 2 Auskunft.

Übersicht 2

Öffentliche Defizite/Überschüsse in den USA, Japan und EU-Staaten¹⁾

Land	Anteil am BIP in v.H.				
	1991	1992	1993	1994	1995
USA	– 3,4	– 4,5	– 3,5	– 2,7	– 2,2
Japan	3,0	1,8	0,3	– 1,9	– 1,7
Deutschland*)	– 3,2	– 2,6	– 3,3	– 3	– 3
Belgien	– 6,8	– 7,3	– 7,2	– 5,9	– 4,8
Dänemark	– 2,1	– 2,4	– 4,1	– 4,4	– 3,2
Frankreich	– 2,1	– 3,9	– 5,7	– 6,1	– 5,4
Griechenland	–14,4	–11,0	–12,8	–14,6	–14,7
Großbritannien	– 2,7	– 6,3	– 8,1	– 6,8	– 4,6
Irland	– 1,4	– 2,6	– 2,5	– 2,7	– 3,0
Italien	–10,2	– 9,5	– 9,9	– 9,6	– 8,2
Luxemburg*)	– 2,3	0,3	– 1,4	0,4	– 0,3
Niederlande	– 2,4	– 3,5	– 2,9	– 3,9	– 3,7
Portugal	– 6,0	– 4,6	– 8,2	– 6,9	– 6,1
Spanien	– 4,9	– 4,5	– 7,2	– 7,2	– 6,1

Quelle: OECD.

*) EU-Kommission bzw. eigene Berechnungen.

1) In Abgrenzung der VGR (einschließlich Sozialversicherung).

Trotz der erheblichen finanziellen Belastungen durch die Wiedervereinigung weist Deutschland nach Luxemburg und gemeinsam mit Irland die niedrigsten Staatsdefizite der EU-Mitgliedsländer aus.

6. Wie hoch war die Nettoneuverschuldung des Bundes 1993, und wie erklärt sich die Differenz zur Nettokreditaufnahme?

Zusätzlich zur Nettokreditaufnahme des Bundes in Höhe von 66,2 Mrd. DM wurden 1993 Kredite zur Finanzierung der Defizite 1992 (2,1 Mrd. DM) und 1994 (16,9 Mrd. DM) aufgenommen. Der den Haushaltsansatz von 7 Mrd. DM übersteigende Bundesbankmehrgewinn in Höhe von 6,1 Mrd. DM diente direkt zur Schuldentilgung. Damit betrug die Nettoneuverschuldung (die Nettokapitalmarktbeanspruchung) des Bundes im Jahr 1993 79,1 Mrd. DM.

7. Wie hoch waren beim Bund die zum Jahresanfang aus dem Vorjahr übertragenen nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen früherer Jahre?
8. Wie hoch waren die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank in den einzelnen Jahren von 1983 bis 1994 sowie in diesem Zeitraum insgesamt?

Wie hoch waren die als Folge der Gewinnabführungen vom Bund eingesparten Zinsen und Zinseszinsen in den einzelnen Jahren von 1983 bis 1994 sowie in diesem Zeitraum insgesamt?

Die Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank an den Bundeshaushalt betrugen in dem Zeitraum von 1983 bis 1994 insgesamt 129,7 Mrd. DM. Sie verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Jahre:

1983	11,0 Mrd. DM
1984	11,4 Mrd. DM
1985	12,9 Mrd. DM
1986	12,7 Mrd. DM
1987	7,3 Mrd. DM
1988	0,2 Mrd. DM
1989	10,0 Mrd. DM
1990	10,0 Mrd. DM
1991	8,3 Mrd. DM
1992	14,5 Mrd. DM
1993	13,1 Mrd. DM
1994	18,3 Mrd. DM

Die Frage nach den Zinseinsparungen für den Bund ist hypothetisch, da sich fiktive Zinskosten für Kredite dieses Umfangs, die tatsächlich nicht beschafft werden mußten, nicht zuverlässig ermitteln lassen. Sie wären vom Zeitpunkt, der Form und der Laufzeit der jeweiligen Mittelaufnahme sowie deren marktmäßigen Auswirkungen abhängig. Außerdem ist fraglich, ob bei einem Ausbleiben der Einnahmeposten dieser Größenordnung die übrigen gesamt- und haushaltswirtschaftlichen Daten unverändert geblieben wären.

9. Wie hoch war Ende 1991, 1992 sowie 1993 der Schuldenstand der einzelnen in Frage 1 genannten Institutionen sowie der staatlichen Wohnungswirtschaft (Ost) und der „gesellschaftlichen Einrichtungen“ (Ost), und wie hoch schätzt die Bundesregierung diese Werte sowie zusätzlich die Verschuldung des Bundeseisenbahnvermögens sowie des Erblastentilgungsfonds zum Ende des Jahres 1994 sowie 1995 ein?

Wie hoch war bzw. wird die Verschuldung pro Kopf in den einzelnen Jahren für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie für die Gesamtheit der in dieser Frage angesprochenen Institutionen sein?

Die Höhe der öffentlichen Verschuldung, ihre Aufteilung auf die Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts, die Schuldenstände der o. g. Unternehmen sowie die rechnerische Pro-Kopf-Belastung und die Relation zum Bruttosozialprodukt sind in Übersicht 3 dargestellt.

Übersicht 3

Schuldenstände der öffentlichen Haushalte¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995
	– Mrd. DM –				
Bund	586,4	606,7	685,3	726	795 ½
Länder West ²⁾	344,6	364,7	391,5	423	456
Länder Ost ²⁾	3,6	19,3	37,3	56	62
Gemeinden West	121,0	126,8	135,6	144 ½	152 ½
Gemeinden Ost	6,2	12,2	17,2	20 ½	22 ½
ERP	16,3	24,3	28,1	33 ½	40 ½
Fonds					
„Deutsche Einheit“	50,5	74,4	87,7	91	89
Kredit- abwicklungsfonds	27,5	91,7	101,2	111	–
Erblasten- tilgungsfonds	–	–	–	–	382 ½
Bundeseisenbahn- vermögen	–	–	–	72	78 ½
Öffentl. Gesamthaushalt ³⁾	1 166,0	1 331,5	1 496,1	1 689 ½	2 098 ½
DM je Einwohner	14 500	16 400	18 400	20 800	25 800
in v.H. des BSP	41,0	43,7	48,2	52 ½	62 ½
nachrichtlich					
Ausgleichsf. zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes	4,4	4,5	5,3	5 ½	5 ½
Unternehmen:					
Deutsche Bundesbahn	38,0	44,9	53,1	–	–
Deutsche Reichsbahn	5,1	8,5	12,9	–	–
Treuhandanstalt	57,1	110,2	169,3	230	–
Deutsche Bundespost	81,3	96,6	104,5	116	126

1) Stichtag: 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinne“ (einschließlich Ausgleichsforderungen, aber ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten); Stand: Finanzplanungsrat Juni 1994.

2) Länder West einschl. Berlin; Länder Ost ohne Berlin.

3) Einschließlich der Zweckverbände und Schulden der „gesellschaftlichen Einrichtungen“.

Die wohnungswirtschaftlichen Unternehmen (VEB Kommunale Wohnungsverwaltungen, VEB Gebäudewirtschaften sowie die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften und die gemeinnützigen Genossenschaften) haben bis zum 30. Juni 1990 für den Wohnungsbau Kredite aufgenommen.

Die Kreditbelastung für den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau betrug per 1. Juli 1990 36,1 Mrd. DM. Die Banken haben der Wohnungswirtschaft ein bis 31. Dezember

1993 befristetes Moratorium für die Kreditverpflichtungen des Wohnungsbaus angeboten. Durch dieses Moratorium wurden die fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gestundet. Die Kreditverpflichtungen der wohnungswirtschaftlichen Unternehmen haben sich bedingt dadurch wie folgt verändert:

31. Dezember 1991	42,3 Mrd. DM Kreditverpflichtungen
31. Dezember 1992	46,7 Mrd. DM Kreditverpflichtungen
31. Dezember 1993	50,5 Mrd. DM Kreditverpflichtungen

Hinzu kommen Schulden für die sog. „Wendewohnungen“ und Altschulden der privaten Vermieter, so daß der Altschuldenstand Ende 1993 rd. 59 Mrd. DM beträgt.

Das Altschuldenhilfe-Gesetz entlastet die Wohnungsunternehmen und -genossenschaften in großzügiger Weise von einem großen Teil der Altschulden. Der Erblastentilgungsfonds als Sondervermögen des Bundes wird zum 1. Juli 1995 voraussichtlich ca. 31 Mrd. DM – also über die Hälfte der Altschulden der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft und der privaten Vermieter – übernehmen.

Durch die Veräußerung eines Teils des Wohnungsbestandes werden sich die Gesamtschulden weiter vermindern.

10. Wie hoch war der Anteil der Gesamtverschuldung am jeweiligen Brutto sozialprodukt (Staatsschuldenquote) in den Jahren 1991 bis 1993 für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie die Gesamtheit der in Frage 9 angesprochenen Institutionen, und wie hoch veranschlagt die Bundesregierung nach dem derzeitigen Kenntnisstand die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1994 und 1995?

Vgl. Antwort zu Frage 9.

11. Wie hoch sind die Staatsschuldenquoten der USA, Japans sowie der EG-Mitgliedstaaten in den einzelnen Jahren von 1982 bis 1995?

Über die Entwicklung der Staatsschuldenquoten in den USA, Japan sowie in den EU-Mitgliedstaaten von 1982 bis 1995 gibt Übersicht 4 Auskunft.

Trotz der vereinigungsbedingten Schuldenübernahmen und des daraus resultierenden Anstieges der Schuldenquote im Jahr 1995 weist Deutschland nach Großbritannien die zweitniedrigste Schuldenquote der Industrieländer auf.

Übersicht 4

Staatsschuldenquote¹⁾ der USA, Japans und der EU-Staaten

Land	Staatsschulden in v.H. des BIP													
	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
USA	41,0	43,6	44,9	48,1	51,0	52,0	52,7	53,2	55,4	58,9	61,7	63,4	64,1	64,1
Japan	60,9	66,6	67,9	68,7	72,3	74,9	72,8	70,6	69,8	68,2	67,3	68,3	70,3	72,4
Deutschland*)	38,3	40,0	40,7	41,5	41,3	42,4	42,9	41,6	43,2	41,4	44,0	48,1	52 ½	62
Belgien	102,3	113,3	118,2	122,3	126,7	131,5	132,9	130,2	130,7	133,9	136,0	141,6	144,6	144,8
Dänemark ²⁾	53,0	61,6	65,9	64,1	58,3	55,9	58,0	58,5	59,5	60,7	62,4	66,2	69,7	72,1
Frankreich ²⁾	40,1	41,4	43,8	45,5	45,7	47,2	46,8	47,5	46,6	48,6	51,6	57,1	62,1	66,3
Griechenland ²⁾	36,1	41,2	49,5	57,9	58,6	64,5	71,1	76,0	89,0	96,3	94,6	98,4	103,7	108,5
Großbritannien	53,0	52,9	54,4	52,7	51,1	48,6	42,2	36,8	34,7	35,4	40,5	47,3	52,3	56,4
Irland	83,0	97,0	101,3	104,3	116,0	117,1	115,2	105,4	98,7	96,7	93,8	92,1	89,6	87,0
Italien	66,4	72,0	77,4	84,3	88,2	92,6	94,8	97,9	100,5	104,0	108,0	114,0	116,5	118,0
Luxemburg*)	14,5	14,8	15,0	14,0	13,5	11,9	9,9	8,3	6,9	6,2	7,3	10,0	.	.
Niederlande	54,2	60,4	64,5	67,9	69,6	73,5	76,2	76,3	76,5	76,6	78,0	80,6	81,9	82,8
Portugal	50,7	56,5	63,0	66,5	64,3	72,4	75,2	71,7	66,6	67,5	62,6	67,6	70,2	71,4
Spanien ²⁾	30,4	36,4	43,5	48,8	49,9	49,4	45,7	46,9	46,8	49,3	51,4	57,4	62,6	66,0

Quelle: OECD.

*) EU-Kommission bzw. eigene Berechnungen.

1) Bruttoschuld des Staatssektors.

2) Nicht bereinigt um die Verschuldung der staatlichen Ebenen untereinander.

12. Wie hoch waren die Zinsausgaben der in Frage 9 genannten Institutionen im einzelnen sowie insgesamt in den Jahren 1991 bis 1993, und wie hoch werden sie nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung 1994 sowie 1995 liegen?

Die Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts und die rechnerische Zinsbelastung je Einwohner (Frage 13) sind in Übersicht 5 dargestellt.

Übersicht 5

Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995
	– Mrd. DM –				
Bund	39,6	43,8	45,8	52,8	54
einschl. Zinserstattungen ²⁾	42,8	55,8	56,4	73,0	95
Länder West ³⁾	23,8	25,0	26,1	27 ½	29 ½
Länder Ost ³⁾	0,2	0,5	2,0	3	5
Gemeinden West	8,5	9,3	10	10 ½	11
Gemeinden Ost	0,2	0,5	1	1 ½	2
ERP	0,8	1,3	2,1	2	3
Fonds „Deutsche Einheit“	2,1	4,4	6,4	7	7 ½
Kreditabwicklungsfonds	1,7	15,3	8,4	12	–
Erblastentilgungsfonds	–	–	–	–	27 ½
Bundeseisenbahnvermögen	–	–	–	5	5
öffentlicher Gesamthaushalt	76,8	100,2	101 ½	121 ½	144
DM je Einwohner	960	1 240	1 250	1 500	1 780
nachrichtlich					
Ostdeutsche Wohnungswirtschaft Zinsverpflichtungen der kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen ⁴⁾	3,9	4,3	3,9		
Ausgleichsf. zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2
Unternehmen:					
Deutsche Bundesbahn	3,0	3,5	4,1	–	–
DM je Einwohner	38	43	50	–	–
Deutsche Reichsbahn	0,4	0,6	0,8	–	–
DM je Einwohner	5	7	10	–	–
Treuhandanstalt	9,9	8,3	9,9	13	–
DM je Einwohner	124	103	122	160	–
Deutsche Bundespost	5,5	7,0	8,2	9	9 ½
DM je Einwohner	69	87	101	111	117

1) Zinsausgaben an andere Bereiche; Stand: Finanzplanungsrat Juni 1994.

2) Zinserstattungen an Fonds „Deutsche Einheit“, Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und für Zinshilfe Wohnungswirtschaft-Ost.

3) Länder West einschließlich West-Berlin; Länder Ost einschließlich Ost-Berlin.

4) Die nach dem Auslaufen des bis 1993 befristeten Moratoriums zu zahlenden Zinsen auf die gesamten Altverbindlichkeiten in Höhe von ca. 59 Mrd. DM werden bis Mitte 1995 jeweils zur Hälfte vom Bund und den neuen Ländern vollständig übernommen.

13. Welche jährliche Gesamtzinsbelastung pro Kopf errechnet sich für die Jahre 1991 bis 1993 für die in Frage 9 angesprochene Schuldenlast des öffentlichen Gesamthaushalts sowie der Gesamtheit der Institutionen, und welche Pro-Kopf-Belastung wird sich nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung in den Jahren 1994 sowie 1995 ergeben?

Vgl. Antwort zu Frage 12.

14. Wie nimmt die Bundesregierung zu der Auffassung des Bundesrechnungshofes Stellung, der zufolge im Hinblick auf den Grundsatz der Vollständigkeit und Einheitlichkeit des Haushaltsplans (Artikel 110 Abs. 1 GG) Bedenken dagegen bestehen, daß die Abwicklung der vereinigungsbedingten Lasten von der Abwicklung der unmittelbaren Schuldendienstverpflichtungen des Bundes haushaltswirtschaftlich abgetrennt wird?
Ist sie – und mit welchem Ergebnis – der Anregung des Bundesrechnungshofes gefolgt, die insoweit vorgesehene haushaltsmäßige Darstellung zu überprüfen?

Der Hinweis auf den Bundesrechnungshof bezieht sich offenbar auf Nummer 3.3.1 der Bemerkungen des Bundesrechnungshofes 1993 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung.

Die Grundlagen für die vereinigungsbedingte Kreditaufnahme der Sondervermögen, deren Verbindlichkeiten ab 1995 im Erblastentilgungsfonds zusammengefaßt werden, beruhen auf der jahrzehntelangen sozialistischen Mißwirtschaft, deren Ausmaß durch das unzureichende volks- und betriebswirtschaftliche Rechnungswesen zunächst verborgen geblieben war. Da es sich um einen abgeschlossenen Bereich handelt, war die vom Bundeshaushalt getrennte Abwicklung durch Sondervermögen geboten. Hierdurch wird sichergestellt, daß die von der DDR übernommenen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten des Staates getrennt verwaltet werden und jederzeit erkennbar sind. Dem Gebot der Haushaltsklarheit wird damit am besten entsprochen.

Aus dem in Artikel 110 Abs. 1 erster Halbsatz GG verankerten Grundsatz der Vollständigkeit und Einheitlichkeit ergeben sich keine Bedenken gegen die gewählte Lösung. Artikel 110 Abs. 1 zweiter Halbsatz GG sieht bei Bundesbetrieben und Sondervermögen vor, daß nur die Zuführungen oder die Ablieferungen in den Bundeshaushalt einzustellen sind. Dieses geschieht bei den einigungsbedingten Sondervermögen. Aus dieser inhaltlichen Trennung der Sondervermögen vom Bundeshaushalt folgt die getrennte Ausweisung.

Es handelt sich somit nicht nur um eine Frage der Darstellung, sondern es werden unterschiedliche Tatbestände nachvollzogen.

15. Wie hoch war der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben (Zinslast-Quote) für den Bund (ohne und mit Zinserstattungen an die verschiedenen Sondervermögen), für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie für die Gesamtheit der in Frage 9 genannten Institutionen in den Jahren 1991 bis 1993, und wie hoch werden diese Zinslast-Quoten nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Bundesregierung 1994 und 1995 liegen?

Über die Zinsausgaben in Prozent der Ausgaben und in Prozent der Steuereinnahmen (Frage 16) gibt Übersicht 6 Auskunft.

Übersicht 6
Zinsquoten¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995
Bund					
in v.H. der Ausgaben	9,9	10,3	10,0	11,0	11
in v.H. der Steuereinnahmen	12,5	12,4	12,9	14,1	14 ½
Bund/Zinserstattungen ²⁾					
in v.H. der Ausgaben	10,7	13,1	12,3	15,2	19 ½
in v.H. der Steuereinnahmen	13,7	15,8	15,8	19,5	25 ½
öffentlicher Gesamthaushalt					
in v.H. der Ausgaben	7,9	9,4	9	10 ½	12
in v.H. der Steuereinnahmen	11,6	13,7	13 ½	15 ½	17

1) Stand: Finanzplanungsrat Juni 1994.

2) Zinserstattungen an Fonds „Deutsche Einheit“, Kreditabwicklungsfonds, Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und für Zinshilfe Wohnungswirtschaft-Ost.

16. Wie hoch war der Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen (Zinssteuer-Quote) für den Bund (ohne und mit Zinserstattungen an die verschiedenen Sondervermögen), für den öffentlichen Gesamthaushalt sowie für die Gesamtheit der in Frage 9 genannten Institutionen in den Jahren 1991 bis 1993, und wie hoch werden diese Zinssteuer-Quoten nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Bundesregierung 1994 und 1995 liegen?

Vgl. Antwort zu Frage 15.

17. Wie hoch ist das Finanzergebnis der einzelnen Sozialversicherungszweige 1991 bis 1993, und welche Ergebnisse erwartet die Bundesregierung für 1994 und 1995?

In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergaben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei der Sozialversicherung folgende Finanzergebnisse für die Jahre 1991 bis 1993:

Jahr	1991	1992	1993
	– Mrd. DM –		
Sozialversicherung insgesamt	21,3	4,4	12,2
darunter:			
Rentenversicherung	12,7	8,8	– 5,7
Krankenversicherung	– 2,8	– 5,8	12,0
Bundesanstalt für Arbeit	7,6	– 3,4	0,9

Die Bundesregierung erwartet nach derzeitiger Schätzung für 1994 einen Überschuß bei der Sozialversicherung, der knapp unter 20 Mrd. DM betragen wird. Dabei wird die Rentenversicherung einen geringen Fehlbetrag aufweisen, die Krankenversicherung wird wieder einen Überschuß erzielen. Nach derzeitiger Einschätzung wird bei der Bundesanstalt für Arbeit der im Haushalt vorgesehene Bundeszuschuß ausreichen.

Für 1995 erwartet die Bundesregierung derzeit einen Überschuß bei der Sozialversicherung von knapp 10 Mrd. DM. Die Rentenversicherung wird wieder, wie 1994, einen geringen Fehlbetrag und die Krankenversicherung einen Überschuß aufweisen. Bei der Bundesanstalt für Arbeit geht die Bundesregierung derzeit von einem Bundeszuschuß von unter 15 Mrd. DM aus. Bei der Pflegeversicherung entsteht ein Überschuß von rd. 5 Mrd. DM.

18. Wie hoch waren die Beitragssätze in den einzelnen Sozialversicherungszweigen 1982, 1990 und 1993?

Wie hoch sind die für 1994 sowie 1995 festgelegten bzw. von der Bundesregierung erwarteten Beitragssätze?

Die Beitragssätze zur Sozialversicherung (Arbeitgeber- und -nehmeranteil zusammengenommen) betrugen in den Jahren 1991 bis 1993 jahresdurchschnittlich in v.H.

Jahr	1991	1992 v.H.	1993
Sozialversicherung insgesamt (Summe West)	36,33	36,70	37,40
darunter:			
Rentenversicherung	17,95	17,70	17,50
Krankenversicherung (West)	12,2	12,7	13,4
(Ost)	12,8	12,7	12,6
Bundesanstalt für Arbeit	6,175	6,3	6,5

Für die Jahre 1994 und 1995 sind folgende Beitragssätze festgelegt bzw. werden erwartet:

Jahr	1994 v.H.	1995
Sozialversicherung insgesamt (Summe)	38,8	39,0
darunter:		
Rentenversicherung	19,2	18,8 ¹⁾
Krankenversicherung (West)	13,1 ¹⁾	12,7 ¹⁾
(Ost)	13,0 ¹⁾	12,8 ¹⁾
Bundesanstalt für Arbeit	6,5	6,5 ¹⁾
Pflegeversicherung	–	1,0

1) = Schätzung.

19. Um wieviel wären die Sozialversicherungsbeiträge in den einzelnen Zweigen 1994 niedriger bzw. höher, wenn die Beitragssätze von 1982 bzw. 1990 auch 1994 noch gelten würden?

Höhere Beitragssätze zur Sozialversicherung führen zu höheren Beitragseinnahmen. Für das Jahr 1994 kann von folgender Faustformel ausgegangen werden: Ein Beitragssatzpunkt zur Sozialversicherung entspricht etwa 12 Mrd. DM Beitragseinnahmen. Freilich ist ein Vergleich von Beitragseinnahmen bzw. Beitragssätzen über längere Zeiträume hinweg, wie in der Frage ange-

sprochen, problematisch, da die Höhe der Beitragssätze bzw. Beitragseinnahmen durch eine Vielzahl von Einflußgrößen bestimmt wird, wie z.B. durch das Leistungs- und Beitragsrecht, durch das konkrete gesamtwirtschaftliche Umfeld oder zur Zeit durch die Belastungen, die mit der Wiedervereinigung verbunden sind.

20. Wie hoch waren 1991, 1992 sowie 1993 jeweils die private Ersparnis und das Kapitalmarktaufkommen insgesamt, wie hoch war der Kapitalexport bzw. -import, und welcher Anteil an der privaten Ersparnis bzw. am Kapitalmarktaufkommen wurde durch die Kreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushaltes sowie des öffentlichen Gesamthaushaltes einschließlich Bahn, Post und Treuhandanstalt beansprucht?

Die private Ersparnis betrug in Gesamtdeutschland laut Angaben der Deutschen Bundesbank im Jahre 1991 256,7 Mrd. DM, 1992 277,5 Mrd. DM und im Jahre 1993 273,8 Mrd. DM. Eine isolierte statistische Gegenüberstellung zwischen öffentlicher Kreditaufnahme einerseits und privater Ersparnis andererseits ist nicht aussagekräftig.

Das Kapitalmarktaufkommen, d.h. die Summe der Geldvermögensbildung der inländischen nicht-finanziellen Sektoren und des Auslands zuzüglich des Finanzierungssaldos des inländischen finanziellen Sektors, betrug nach der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1991 547,6 Mrd. DM, 1992 622,2 Mrd. DM und 1993 777,8 Mrd. DM.

Der Kapitalexport (brutto) belief sich in den Jahren 1991 auf 104,2 Mrd. DM, 1992 auf 109,9 Mrd. DM und im Jahre 1993 auf 281,8 Mrd. DM. Der Kapitalimport (brutto) betrug 1991 123,8 Mrd. DM, 1992 209,8 Mrd. DM und 1993 302,6 Mrd. DM.

Die Kreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushaltes (ohne Sozialversicherungen) betrug in kapitalmarktmäßiger Abgrenzung 1991 99,4 Mrd. DM, 1992 100,5 Mrd. DM und 1993 155,6 Mrd. DM. In Prozent des Kapitalmarktaufkommens belief sich die Kreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushaltes daher 1991 auf 18,2 v.H., 1992 auf 16,2 v.H. und 1993 auf 20,0 v.H. Für die Kreditaufnahme von Bahn, Post und Treuhandanstalt, die dem Unternehmenssektor zuzuordnen sind, ergibt sich ein Anteil von 6,5 v.H. 1991, 9,2 v.H. 1992 und 7,6 v.H. 1993.